

## Info 1 - 2011

- **DBB-Saar – Grüße zum Jahreswechsel**
- **Preisanstieg an der Saar**
- **Personalveränderungen**
- **Sicherheit im Alltag**
- **Gesprächstermin**

### DBB-Saar – Grüße zum Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie unzuverlässig Politik sein kann, haben insbesondere die Landes- und Kommunalbeamten und die Versorgungsempfänger im Saarland erfahren müssen. Die Freude über die Besoldungsanpassungen 2008 bis 2010 hielt nicht lange. Rechtzeitig zum Weihnachtsfest präsentieren die neue Landesregierung und die sie tragenden Jamaika-Fraktionen erneut harte Einschnitte beim Einkommen und der Beihilfe der Beamtinnen und Beamten. Mit Kürzungen in Höhe von rund 30 Millionen Euro tragen die Beamten und Versorgungsempfänger die Hauptlast des Sparpaketes und werden wiederum zu Sonderopfern herangezogen.

Für das Haushaltsnotlage- und Aufsteigerland Saarland sei die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ohne Alternative, argumentieren die politisch Verantwortlichen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise in 2008/2009 ist eine wesentliche, aber nicht die ausschließliche Ursache für die aktuellen Finanzprobleme des Landes. Die extreme Haushaltsnotlage des Saarlandes wurde bereits 1992 vom Bundesverfassungsgericht festgestellt. Trotz zweier Teilentschuldungen von insgesamt 5,8 Milliarden Euro in den Jahren 1995 bis 2004 hat sich die Lage kontinuierlich verschärft. Die Gesamtverschuldung ist auf inzwischen fast 11 Milliarden Euro angewachsen.

Das strukturelle Defizit des Saarhaushalts wurde mit rund 800 Millionen Euro festgestellt und soll bis 2019 jährlich um 80 Millionen Euro auf Null zurückgefahren werden. Im Gegenzug erhält das Saarland eine Konsolidierungshilfe von jährlich 260 Millionen Euro (insgesamt also 2,34 Milliarden Euro). Diese Hilfen werden aus Sicht des dbb saar nicht ausreichen, die Haushaltsnotlage zu beenden. Auch Steuererhöhungen alleine werden die notwendige Konsolidierung nicht bewirken.

Die Lösung der Altschuldenproblematik – nicht nur im Saarland – ist unumgänglich. Die Höhe der Verschuldung des Landes und der Kommunen führt das Saarland in ein Existenzproblem. Der dbb saar sieht in einer Selbstaufgabe durch „Todsparen“ keine Lösung. Die Kürzungen im Landeshaushalt 2011 bieten nur einen Vorgeschmack auf die Jahre bis 2019, sollte die Schuldenbremse unverändert bestehen bleiben. Deshalb fordert der dbb saar neben intelligentem Sparen vorrangig eine Verbesserung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte von Bund, Länder und Kommunen durch eine besser ausgestattete Einnahmeverwaltung sowie mehr Steuergerechtigkeit vor allem bei der Einkommen- und der Umsatzsteuer.

In einem Spitzengespräch am 17. November 2010 mit dem Ministerpräsidenten hat der dbb-Landesvorstand von der Landesregierung ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept für den öffentlichen Dienst bis 2019 eingefordert und wiederkehrende Sonderopfer abgelehnt. Dabei ist sowohl im bundesweiten als auch im Vergleich zum Tarifpersonal und der privaten Wirtschaft insbesondere für die Beamten und Versorgungsempfänger eine „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz) zu gewährleisten. Nach Vorliegen des Ergebnisses der so genannten Haushaltsstrukturkommission im Frühjahr 2011 will die Landesregierung mit den Gewerkschaften erörtern, wohin die Reise mit dem öffentlichen Dienst gehen soll. Bis dahin sagen die Gewerkschaften „Return to sender – Kürzungspaket zurück zum Absender“. Wenn auch das Kürzungspaket für das Haushaltsjahr 2011 durch die zahlreichen Proteste der Beschäftigten in den letzten Wochen nicht verhindert werden konnte, so wissen die politisch Verantwortlichen jetzt, was auf sie zukommen wird, wenn sie für den öffentlichen Dienst kein tragfähiges Konzept vorlegen und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weiter zum Sparen missbrauchen. Das gilt auch für die Bundesregierung, die im Rahmen der Schuldenbremse die für 2011 beschlossene Rücknahme der Weihnachtsgeldhalbierung für die Bundesbeamten gestrichen hat und bis 2014 ca. 10.000 Stellen abbauen will. Auch dies ist glatter Vertrauensbruch.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes an der Saar befinden sich in Runde 1 eines Kampfes für einen funktionsfähigen und leistungsgerecht bezahlten öffentlichen Dienst. Der nächste Meilenstein wird die Einkommensrunde 2011 für die Beschäftigten der Länder sein, die im Februar 2011 eröffnet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende eines schwierigen Jahres stehen Protest und Solidarität. Wir danken allen Mitstreitern in den dbb-Mitgliedsgewerkschaften für die gute und kooperative Zusammenarbeit und Unterstützung. In Zukunft müssen sich Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte, Beamte und Arbeitnehmer, Versorgungsempfänger und Rentner noch stärker solidarisieren, um gemeinsam den Sozialabbau und den Ausverkauf des öffentlichen Dienstes zu stoppen.

Die bevorstehenden Feiertage und den Jahreswechsel wollen wir nutzen um abzuschalten und um neue Kräfte zu sammeln für die vor uns liegenden schwierigen Aufgaben und Herausforderungen. Wir wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen auch im Namen des dbb-Landesvorstandes und der Geschäftsstelle frohe Festtage sowie ein gutes und erfolgreiches neues Jahr.

Gleichzeitig danken wir für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Saarbrücken, im Dezember 2010

Artur Folz  
Landesvorsitzender

Ewald Linn  
Stellv. Landesvorsitzender und Geschäftsführer

## Preisanstieg an der Saar zum Jahresende beschleunigt

Zu dem so genannten Sparmaßnahmenpaket der saarländischen Regierung gehört auch die für das Jahr 2011 beabsichtigte Nullrunde für Beamte und Versorgungsempfänger. Wie der im Januar 2011 herausgegebenen Meldung unseres Statistischen Amtes zu entnehmen ist, hat sich der Preisanstieg im Saarland wieder beschleunigt. Gegenüber dem Vormonat November stieg der Verbraucherpreisindex im Dezember 2010 um 1,0 Prozent auf einen Wert von 109,0 (Basis 2005 = 100) an. Daraus errechnet sich eine Jahresinflationsrate von 1,2 Prozent, das ist der höchste im Jahr 2010 im Saarland gemessene Wert.

Die beschlossenen Kürzungsmaßnahmen werden uns also noch härter treffen, da wir in diesem Jahr nicht einmal einen Inflationsausgleich erhalten sollen.

## Personalveränderungen

Im letzten Jahr haben eine Kollegin und vier Kollegen den wohl verdienten Ruhestand angetreten.

Eine Kollegin und ein Kollege sind durch Versetzungen zu anderen Dienststellen ausgeschieden.

Aus anderen Bundesländern konnten drei Kolleginnen eingestellt werden.

Zu Justizinspektorinnen bzw. Justizinspektoren wurden sieben Kolleginnen und ein Kollege ernannt.

Zu Justizoberinspektorinnen bzw. Justizoberinspektoren wurden sieben Kolleginnen und ein Kollege befördert.

Zu Justizamtfrauen bzw. Justizamtmännern wurden fünf Kolleginnen und ein Kollege befördert.

Zu Justizamtsrätinnen bzw. Justizamtsräten wurden zwei Kolleginnen und vier Kollegen befördert.

Es wurden insgesamt vierzehn Anwärtnerinnen bzw. Anwärter zur Rechtspflegerausbildung zugelassen.

## Sicherheit im Alltag – Nicht nur für Seniorinnen und Senioren

Der Ausschuss für Seniorenangelegenheiten im dbb saar hat im Rahmen seines Arbeitsprogrammes dem dbb-Landesvorstand empfohlen, zu allgemein interessierenden Themen Informationsveranstaltungen für dbb-Mitglieder durchzuführen. Dazu gehören unter anderem Themen wie Pflegeversicherung, Gesundheitswesen, Patiententestament, Erbrecht usw.

Der dbb-Landesvorstand und der Ausschuss für Seniorenangelegenheiten wollen die Seniorenarbeit in den Fachgewerkschaften zukünftig mit gezielten Informationsveranstaltungen unterstützen. Dabei können auch Wünsche aus den Fachgewerkschaften an den Seniorenausschuss des DBB-Saar herangetragen werden.

Für die nächste Informationsveranstaltung mit dem Thema „Sicherheit im Alltag“ konnte der Senioren- und Sicherheitsbeauftragte, Herr Rudi Schmidt (früher Kontaktpolizist in St. Wendel), als Referent gewonnen werden. Herr Schmidt steht auch für Fragen während der Veranstaltung zur Verfügung.

An den Veranstaltungen dürfen selbstverständlich auch noch im Dienst befindliche Kolleginnen und Kollegen teilnehmen.

Weitere Informationen zur nächsten Veranstaltung entnehmen Sie bitte der letzten Seite dieser Info.

## Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und Justizminister

Am 08. Februar dieses Jahres wird sich der Vorstand mit unserem Ministerpräsidenten und Ressortminister Peter Müller zu einem Gespräch treffen.

Es sollen vor allem folgende Themen angesprochen werden:

Arbeitsbelastung, Binnenreform der Justiz, Auslagerung von Aufgaben, Laufbahnverordnung, Besoldung, Sparmaßnahmen und Beurteilungswesen.

Wir werden zeitnah berichten.



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

landesbund  
saar

Einladung an alle dbb-Mitglieder

# Informationsveranstaltung

des dbb saar zum Thema:

## „Sicherheit im Alltag“

**07. April 2011, 16.00 Uhr**

**Arbeitskammer des Saarlandes – Großer Saal  
Fritz-Dobisch-Str. 6 in 66111 Saarbrücken**

- Täuschen, lügen, tricksen
- Wie gehen Täter vor?
- Wie erkennen Sie die Täter?
- Wie können Sie sich schützen?
- Was tun, wenn es doch passiert?

### **Referent: Herr Rudi Schmidt**

Senioren- und Sicherheitsbeauftragter (früher Kontaktpolizist in St. Wendel)

Die Teilnahme ist für Mitglieder der dbb-Fachgewerkschaften kostenlos. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich.

#### **Anreise:**

Vom Hauptbahnhof Saarbrücken ist die Arbeitskammer zu Fuß in drei Minuten erreichbar. **Gebührenpflichtige** Parkplätze stehen in der Hafenstraße, Nähe Kongresshalle, und in der Europa-Galerie zur Verfügung.